

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

*(14)

Internationaler Bibliothekskongreß in Beijing

Vom 25.-31. August 1996 fand in Beijing der 62. Kongreß der Internationalen Bibliotheksverbände und Institutionen (International Federation of Library Associations and Institutes, IFLA) statt. Mit diesem Kongreß richtete China wiederum eine prestigereiche internationale Veranstaltung aus, noch dazu auf einem Gebiet, auf dem es auf eine lange Tradition und reiche historische Erfahrungen zurückblicken kann. Überdies zählte China zu den Gründungsmitgliedern der IFLA im Jahre 1927, wie in einem Leitartikel der *Volkszeitung* anlässlich des Kongresses hervorgehoben wird (RMRB, 26.8.96). Jedoch seien aus historischen Gründen, wie es weiter heißt, die Beziehungen zur IFLA nach 1949 abgebrochen worden. Erst 1981 habe China seinen legitimen Sitz im IFLA wieder eingenommen. In dem Leitartikel wird die Tatsache, daß der Kongreß in China stattfindet, als Zeichen dafür gewertet, daß China in der internationalen Gesellschaft eine immer größere Rolle spiele.

Der Kongreß stand unter dem Generalthema "Die Herausforderung des Wandels - Bibliotheken und wirtschaftliche Entwicklung". An ihm nahmen rund 2.600 Repräsentanten aus 90 Ländern und Regionen teil. Zur Eröffnung sprach Ministerpräsident Li Peng. Bibliotheken, so Li Peng, seien Schatzhäuser des Wissens der Menschheit, und zugleich spielten sie eine unverzichtbare Rolle in bezug auf die Bewahrung des kulturellen Erbes und die Förderung der Weltkultur. Er betonte, daß Wissen, Information und Dokumente gerade an der Schwelle zum 21. Jahrhundert für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben überaus wichtig seien, und versicherte, daß die chinesische Regierung und Gesellschaft weiterhin dem Bibliotheks- und Dokumentationswesen große Aufmerksamkeit widmen und ihnen die nötige Unterstützung zukommen lassen würden. Das Bibliothekswesen sei eine gemeinsame Angelegenheit der Menschheit, Austausch und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Ländern und Regionen seien wichtige Voraussetzungen zur Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses. (RMRB, 27.98.96)

Neben Informationsaustausch, elektronischer Technik, Bildungs- und Urheberrechten standen vor allem die neuen Herausforderungen für die Bibliotheken im Mittelpunkt der Diskussionen. Als größte Herausforderung für alle Bibliotheken wurde die elektronische Revolution bezeichnet; deshalb stellte die Einführung elektronischer und digitaler Bibliotheken ein wichtiges Thema dar. So wurde z.B. bekanntgegeben, daß IBM und die chinesische Nationalbibliothek, die Beijinger Bibliothek, ein gemeinsames Projekt planen, um die Bestände der Beijinger Bibliothek - ca. 20 Mio. Bände - in den Computer einzugeben und im Internet zur Verfügung zu stellen. Die Beijinger Bibliothek ist die fünftgrößte der Welt. Derzeit ist nur ein Teil ihrer Bücher im Computer katalogisiert, und es können nur Titel abgerufen werden. Digitale Bibliotheken seien der neueste Trend, hieß es, wenn bislang auch nur ein Prozent der Informationen in der Welt digitalisiert sind. China beabsichtigt, sich diesem Entwicklungstrend anzuschließen; das chinesische Kulturministerium soll bereits eingewilligt haben, die Errichtung digitaler Bibliotheken in seine Planung aufzunehmen. (XNA, 28. u. 29.8.96)

China verfolgt die Digitalisierung der Bibliotheken nicht nur, weil es auch im Bibliothekswesen auf der Höhe der neuesten Technik sein will, sondern vor allem, weil neue Datenträger den langfristigen Erhalt von Büchern ermöglichen, die von Zerstörung und Zerfall bedroht sind, einer weiteren Herausforderung. Die Konservierung und das Speichern von veröffentlichter und unveröffentlichter Literatur sind denn auch Gegenstand eines IFLA-Programms, dem China besondere Bedeutung beimißt. Denn in Chinas Bibliotheken lagern 50 Mio. alte Bücher. Deren Erhalt stellt für die Bibliothekare ein großes Problem dar, gilt es doch, die alten Werke in einem Wettlauf mit der Zeit vor Staubeinwirkung (hauptsächlich in Nordchina) und Insektenfraß (hauptsächlich in Südchina) zu retten. Im Jahre 1985 hat China damit begonnen, alte Bücher auf Mikrofilm zu kopieren; auf diese Weise sind allerdings erst 20.000 Werke gerettet worden. Jetzt werden in Zusammenarbeit mit den Amerikanern Wege erkundet, alte Bücher auf CD zu speichern. (XNA, 27., 28., 29. u. 30.8.96)

Als dritte große Herausforderung wurden auf dem Kongreß die knappen Finanzen und Haushalte herausgestellt, die auch in China ein gravierendes Problem darstellen. Auf der Konferenz

wurde ein neu aufgelegtes Manifest über öffentliche Bibliotheken verabschiedet, in dem betont wird, daß öffentliche Büchereien jedermann frei und unentgeltlich zur Verfügung zu stehen hätten und von den Benutzern kein Geld genommen werden sollte. Gebühren, so heißt es in dem Manifest, würden zwar nicht ausgeschlossen, aber sie sollten nur eine ergänzende und keine strategische Rolle spielen. Mit anderen Worten, öffentliche Bibliotheken sollten nicht von Einnahmen aus Benutzergebühren abhängen, sondern von der Gesellschaft finanziert werden. (XNA, 26.8.96) Von seiten des chinesischen Kulturministeriums wurde versichert, daß chinesische Bibliotheken von den Lesern keine Gebühren kassieren dürften, daß aber besondere Dienstleistungen wie Kopieren und Ausleihen von Audio- und Videopublikationen Geld kosteten. Ansonsten aber würden im ganzen Land die Bibliotheken vom Staat finanziert. Damit stehe China im Einklang mit den diesbezüglichen Forderungen der UNESCO. (XNA, 30.8.96) Dennoch machen auch den chinesischen Bibliothekaren die mangelnden Geldmittel zu schaffen. Aufgrund der steigenden Buchpreise müßten die Bibliotheken den Kauf von Büchern und Zeitschriften einschränken. Die ungleiche wirtschaftliche Entwicklung in den östlichen und westlichen Landesteilen mache sich auch im Bibliothekswesen bemerkbar, hieß es von offizieller Seite. Die Folge sei, daß sich Materialien aller Art in Beijing und anderen Großstädten im Osten konzentrierten, während in den entferntesten westlichen Landesteilen bedeutend weniger Informationen zur Verfügung stünden. (XNA, 21.8.96)

In dem Leitartikel (RMRB, 26.8.96) wurden neueste Zahlen über die Bibliotheken genannt: Danach verfügt China über 2.615 öffentliche Bibliotheken oberhalb der Kreisebene, über 1.080 Universitäts- und Hochschulbibliotheken und über 8.000 wissenschaftliche Bibliotheken.

China war auf dem Kongreß bemüht, sich als ein Mitgliedsland der IFLA zu präsentieren, das voll im Einklang mit den Forderungen der UNESCO hinsichtlich freiem Zugang zu Informationen für jedermann stehe. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, daß in China weder Meinungsfreiheit noch freier Zugang zu Informationen aller Art besteht. So gibt es beispielsweise Beschränkungen im Leihverkehr der Bibliotheken und im Zugang zum Internet. -st-

*(15)

Studium der chinesischen Sprache nimmt weltweit zu

China nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, daß das Interesse am Erlernen der chinesischen Sprache weltweit stark zunimmt. Angesichts der steigenden Zahlen von Studenten, die die chinesische Kultur und Sprache studieren, erwägt China, das Studium der chinesischen Sprache weltweit zu fördern. Dies wurde anlässlich des 5. Internationalen Symposiums über den Unterricht des Chinesischen als Fremdsprache bekannt, das vom 8.-12. August in der Nähe von Beijing stattfand. Nie zuvor, hieß es auf der Tagung, sei der Bedarf an chinesischen Sprachkenntnissen und Experten mit Chinesischkenntnissen so groß gewesen wie heute. Von chinesischer Seite wird das wachsende Interesse als Folge der Reform- und Öffnungspolitik Chinas gesehen. Nach statistischen Angaben, die aber nicht vollständig sind, gibt es in der ganzen Welt über 1.000 Universitäten und Schulen in 60 Ländern, in denen Chinesisch oder Sinologie gelehrt wird. Im Jahre 1995 seien 37.000 ausländische Studenten zum Chinesischstudium nach China gekommen, doppelt so viele wie 1991. (RMRB, XNA, 9.8.96; XNA, 13.8.96) Vor allem in Japan und Korea sind die Zahlen der Chinesisch-Studenten in den letzten Jahren stark angestiegen: In Japan studieren fast 1 Million und in Korea 500.000 Studenten Sinologie (XNA, 13.8.96).

Die chinesische Regierung, so ein Sprecher des Bildungsministeriums, wolle den Chinesischunterricht in aller Welt stärker unterstützen und Hilfestellung leisten. Zu diesem Zweck wurde ein Sechs-Punkte-Programm vorgelegt:

1. Entsendung einer Gruppe von Chinesischlehrern in 37 Länder;
2. Hilfe bei der Einrichtung von Zentren zum Studium der chinesischen Sprache und Kultur;
3. Erarbeitung chinesischer Lehrbücher und Lesestoffe für das Ausland;
4. Weiterentwicklung des offiziellen Chinesisch-Tests *Hanyu shuiping kaoshi* (HSK);
5. Einladung an ausländische Chinesischlehrer nach China zwecks Weiterbildung und Forschung;
6. Hilfe für im Ausland studierende Chinesen bei der Gründung von chinesischen Sprachschulen für ihre Kinder. (XNA, 9.8.96)

Der letzte Punkt macht deutlich, daß China Ausländer chinesischer Herkunft durch das Erlernen der chinesischen

Sprache an das Mutterland binden will. Insbesondere deren Kinder, die im Ausland aufwachsen, sollen mehr Chinesisch lernen (XNA, 13.8.96).

Auf dem Symposium waren auch Sprachlehrer aus Hongkong vertreten, für die das Sprachstudium besondere Aktualität hat. Sie stehen nämlich vor der Aufgabe, den Bewohnern Hongkongs so schnell wie möglich die chinesische Standardsprache beizubringen. Im allgemeinen sprechen die Hongkonger nur Kantonesisch und Englisch, nicht aber Hochchinesisch. Immer mehr Hongkonger erkennen jedoch, daß die Kommunikation mit Chinesen des Festlands, die nach der Übergabe Hongkongs Mitte 1997 noch intensiver werden wird, sehr durch die mangelnde Verbreitung des Hochchinesischen in Hongkong erschwert wird. Nach Aussagen der Hongkonger Experten fehlt es derzeit in Hongkong an Lehrbüchern und Lehrkräften. Die Sprachexperten aus Hongkong forderten eine umfassende Reform des Sprachunterrichts in der Noch-Kolonie. So müßten Schüler und Studenten die vereinfachten Schriftzeichen lernen, wie sie auf dem Festland üblich sind. Dafür sei eine Computer-Software entwickelt worden, die in diesem Jahr in den örtlichen Mittelschulen eingeführt werden solle. Ab September 1998 sollten alle Grund- und Mittelschüler einen Kursus in der Standardsprache erhalten, und ab dem Jahr 2000 werde die Standardsprache Teil der Abschlußprüfungen der Mittelschüler sein. Derzeit sei die Bildungsbehörde dabei, einen neuen Lehrplan für die Standardsprache aufzustellen. (XNA, 11.8.96)

Das Symposium zeigte, daß der Sprachunterricht in China politisch instrumentalisiert wird. So wird das steigende Interesse in der Welt am Erlernen der chinesischen Sprache als Zeichen für Chinas wachsendes Ansehen in der Welt gewertet. Mit Genugtuung wird festgestellt, daß mit der Vermittlung von Sprachkenntnissen immer auch die Vermittlung von Kenntnissen über die chinesische Kultur einhergehe und daß auf diese Weise der Einfluß der chinesischen Kultur in der Welt zunehme (vgl. XNA, 9. u. 11.8.96). China begreift sich mehr und mehr nicht nur als eine Weltkultur, sondern auch als eine Großmacht, deren kultureller Einfluß weltweit wahrgenommen wird und werden soll. Hier scheint sich ein Wandel zu vollziehen: Während früher in China eher die Auffassung vorherrschte, Ausländer könnten nur in Ausnahmefällen die chinesische Sprache beherrschen und die chinesische Kultur verstehen,

legt man jetzt zunehmend Wert auf die Verbreitung der chinesischen Sprache und Kultur. Die kürzlich beschlossene Abschaffung des englischen Übersetzungsdienstes bei Pressekonferenzen (vgl. C.a., 1996/7, Ü 16) unterstreicht diese Vermutung. China erwartet selbstbewußt, daß Ausländer Chinesisch lernen, wenn sie mit Chinesen in Kontakt treten wollen. Die politische Instrumentalisierung des Sprachunterrichts in Hongkong erhellt aus einer Äußerung der Direktorin des Hongkonger "Putonghua Education and Assessment Centre", wonach Putonghua (d.h. die Standardsprache) in den oberen Klassen den Patriotismus unter der Hongkonger Jugend wecken soll (XNA, 11.8.96). Sprachpolitik gewinnt in China zunehmende Bedeutung und ist Ausdruck des chinesischen Nationalismus. -st-

*(16)

Regierungsbeschluß zum Umweltschutz

Im 9. Fünfjahrplan (1996-2000) will China mehr für den Umweltschutz tun. In dem Plan ebenso wie in dem Perspektivplan bis zum Jahre 2010 ist explizit eine Strategie der nachhaltigen Entwicklung vorgesehen. Im Juni gab der Staatsrat ein Weißbuch zum Umweltschutz heraus (vgl. C.a., 1996/6, Ü 29), in dem hauptsächlich die bisherigen Erfolge und geplanten Maßnahmen dargelegt werden, während die gravierenden Probleme und die langsame Umsetzung der geplanten Maßnahmen nicht zur Sprache kommen. Um die in den beiden genannten Plänen aufgeführten Ziele im Umweltschutz durchzusetzen, hat der Staatsrat kürzlich einen aus zehn Punkten bestehenden "Beschluß über einige Probleme des Umweltschutzes" erlassen (Auszüge veröffentlicht in RMRB u. GMRB, 16.8.96). In dem Dokument tritt ein Problem deutlich hervor, daß nämlich die staatlichen Gesetze und Vorschriften allenfalls auf Provinzebene wahrgenommen und dort gewisse Erfolge im Umweltschutz erzielt werden, daß sich jedoch auf lokaler Ebene kaum um den Umweltschutz gekümmert wird. Das Problem ist, daß die kleinen ländlichen Betriebe eine unzureichende Kapitalausstattung haben und sich teure Umwelttechniken nicht leisten können. Deshalb sieht der Beschluß vor, die Leitungs- und Kontrollfunktionen der zuständigen Stellen zu verstärken, neue Umweltbelastungen zu vermeiden, zügig die Altlasten zu beseitigen, das Verbot der Einfuhr gefährlicher Abfälle zwecks Entsorgung in

China streng durchzusetzen, das ökologische Gleichgewicht und die natürlichen Ressourcen zu schützen, die Investitionen in den Umweltschutz zu erhöhen, die Gesetze einzuhalten und die Kontrolle zu verschärfen, die Umweltforschung zu intensivieren und die Bevölkerung zu mehr Umweltbewußtsein zu erziehen. -st-

*(17)

Verschärfte Heiratskontrollen

In China umgehen immer mehr junge Paare die formale Eheregistrierung und leben zusammen, ohne legal verheiratet zu sein. Dieser Trend wurde kürzlich von dem Direktor der Abteilung für Heiratskontrolle der Innenbehörde in der Stadt Tianjin bestätigt. Daraufhin hat Tianjin jetzt neue Heiratskontrollbestimmungen erlassen. In ihnen wird verfügt, daß Paare, die unverheiratet zusammenleben, mit Geldstrafen von bis zu 1.000 Yuan rechnen müssen, sofern sie nicht umgehend die Ehe registrieren lassen. Auf diese Weise soll das Zusammenleben Unverheirateter, das als illegal gilt, unterbunden werden. Häufig wird der illegale Zustand des Zusammenlebens erst entdeckt, wenn das Paar den Antrag auf ein Kind stellt, heißt es.

Die neuen Bestimmungen enthalten auch neue Regelungen bezüglich Heiratsvermittlungsagenturen. Künftig benötigen solche Agenturen eine offizielle Genehmigung der Eheregistrierungsämter und eine offizielle Geschäftslizenz. Überdies sollen sie stärker kontrolliert werden. So sind nunmehr Heiratsagenturen, die ausländische Ehepartner vermitteln, verboten. (Vgl. XNA, SCMP, 25.7.96) Auch in Shanghai werden Heiratsvermittler für ausländische Ehepartner aufs Korn genommen. Eine Shanghaier Wochenzeitschrift warnte kürzlich die chinesischen Frauen davor, japanische Männer zu heiraten, und verurteilte das blühende Heiratsvermittlungsgewerbe. Der Zeitschrift zufolge sollen zwei japanische Staatsbürger aus China ausgewiesen worden sein, weil sie unlautere Geschäfte in diesem Gewerbe betrieben hätten. Eine zunehmende Zahl chinesischer Frauen, so hieß es weiter, wolle eine Ehe mit einem Ausländer eingehen, um das Land verlassen zu können. Nach offiziellen Statistiken soll die Hälfte aller Chinesinnen vom Festland, die Ausländer heiraten, aus Shanghai kommen. Seit Anfang der 90er Jahre seien immer mehr Ehen mit Ausländern zu verzeichnen. Allein in

Shanghai habe ihre Zahl 1995 rund 3.000 betragen. (*Shanghai Jiating Bao*, nach SCMP, 24.8.96) -st-

*(18)

Privatisierung von Chinas Spitzenorchester

Mitte der achtziger Jahre wurde eine umfassende Reform des Kulturbetriebs eingeleitet. Vor allem die künstlerischen Ensembles - Theater und Orchester - sollten sich allmählich von staatlichen Subventionen unabhängig machen und auf wirtschaftlicher Basis arbeiten. Der Entzug der staatlichen Zuschüsse hat zuerst die kleineren Ensembles getroffen, während die großen und bekannten Theater und Orchester noch weiter in den Genuß staatlicher Subventionen kamen. Nun scheinen auch sie an der Reihe zu sein. Jüngstes Beispiel ist die Privatisierung des größten Orchesters in China, der ehemaligen staatlichen Zentralen Philharmonischen Gesellschaft. Dieses Orchester wurde vor vierzig Jahren gegründet und ist nicht zuletzt durch Plattenaufzeichnungen so bekannter "Klassiker" aus maoistischer Zeit wie "Der Osten ist rot" und "Der Sozialismus ist gut" bekannt geworden. Mit Beginn der neuen Ära geriet das Orchester zunehmend in die Krise. Sein künstlerischer Standard sank auf einen Tiefpunkt, es erhielt nur noch schlechte Kritiken, und seine Musiker schwänzten Proben und Konzerte, weil sie durch Nebenbeschäftigungen zusätzlich Geld verdienten, vornehmlich durch Auftritte in Hotels zur Unterhaltung der Gäste. Die lebenslange Beschäftigung wirkte nicht gerade motivierend, zumal junge Begabungen durch dienstältere Musiker blockiert wurden.

Das Orchester wagt nun einen Neuanfang. Mit der Privatisierung erhielt es einen neuen Namen: Nationales Sinfonieorchester China. Außerdem wurde die Hälfte der Orchestermitglieder durch neue junge Musiker ersetzt. Alle Musiker des Orchesters wurden einer Qualitätsprüfung unterzogen, bei der auch Ausländer mitwirkten. Fortan werden die Stellen nur nach Fähigkeit besetzt. Unter der Leitung seines dynamischen Dirigenten Chen Zuohuang, der als Nachfolger des bekannten Dirigenten Li Delun das Orchester seit 1987 leitet, werden auch die Programme reformiert. Chen, der seine Ausbildung in China und den USA erhielt und bis vor kurzem noch zwei US-amerikanische Orchester leitete, will sich stärker auf das Konzertpublikum in der Hauptstadt,

das ein sehr junges sein soll, einstellen. Zudem muß er zu langfristiger Programmplanung übergehen, die bisher seinem Orchester unbekannt war, damit er Solisten und Gastdirigenten engagieren kann. Erstmals wurde jetzt das Programm für die kommende Konzertsaison im voraus bekanntgegeben. Bei seinem ersten Konzert Anfang September stehen ein Auftragsstück eines chinesischen Komponisten sowie Beethoven und Brahms auf dem Programm.

Eine wichtige Aufgabe für Chen Zuohuang ist die Einwerbung von Sponsorengeldern. Er konnte bereits namhafte chinesische und ausländische Sponsoren gewinnen, neben Unternehmen aus den USA und Japan hofft er vor allem auf die Unterstützung durch Hongkonger Unternehmen. Die Einnahmen aus Konzerten allein reichen nicht aus, um gute Instrumente zu kaufen, den Musikern Zusatzausbildung, z.T. durch namhafte ausländische Lehrer, zuteil werden zu lassen oder Musiker zur Fortbildung ins Ausland zu schicken. (Vgl. *Sunday Morning Post*, 21.7.96 u. SCMP, 24.8.96)

Unter seinem Dirigenten Chen Zuohuang, der die internationale Musikszene kennt, wird das neue Orchester sicherlich internationaler werden. Allerdings wird es noch geraume Zeit dauern, bis es internationalen Standard erreicht hat. Die hervorragenden chinesischen Nachwuchsmusiker, die mittlerweile in vielen großen Orchestern der Welt musizieren, werden ihre Positionen vorerst wohl nicht mit einer Stelle in dem Beijinger Orchester tauschen wollen. -st-

*(19)

Religionsgemeinschaften sollen organisatorischen Aufbau stärken

Die Führer der Religionsgemeinschaften in China wurden auf einer nationalen Tagung aufgefordert, den organisatorischen Aufbau ihrer Gemeinschaften zu verbessern und besonderen Wert auf die patriotische Ausbildung ihrer jungen Fachkräfte zu legen. Nur so könnten Patriotismus und Einigkeit gewährleistet sein. Die Tagung, die vom 30.7.-9.8.96 in Beijing stattfand, stand unter der Schirmherrschaft der Einheitsfrontabteilung der Politischen Konsultativkonferenz. Es ging darum, die staatliche Religionspolitik zu verteidigen und die Kontrolle über die religiösen Aktivitäten zu verstärken. Das Personal der Religionsgemeinschaften sei zwar

zum überwiegenden Teil patriotisch, und in religiöser Hinsicht sei die Situation in China stabil; aber - so der Vertreter der Politischen Konsultativkonferenz - aufgrund der Veränderungen in- und außerhalb Chinas seien im religiösen Leben teilweise neue Probleme aufgetaucht: Feindlich gesonnene ausländische Kräfte benutzten die Nationalitäten- und Religionsfrage, um China westlich zu beeinflussen, das Land zu spalten und über die Religion zu infiltrieren. In China selbst würden in einigen Orten übermäßig viele Tempel und Kirchen gebaut, wodurch die Gläubigen finanziell stark belastet würden, und in einigen Gebieten mischten sich die Religionsgemeinschaften in die Verwaltung, das Rechtswesen, das Bildungswesen und in Eheschließungen ein. Mancherorts kehrten auch ehemals abgeschaffte religiös-feudalistische Vorrechte wieder zurück. Das Treffen der Religionsführer sei überaus wichtig, um diese Probleme zu lösen und das Zusammengehen der Religionen mit der sozialistischen Gesellschaft zu fördern. Zur Lösung der Probleme sei es erforderlich, daß die religiösen Kreise am Grundsatz des Patriotismus und der Einigkeit festhielten und sich an die "Vier Bewahrungen" hielten, nämlich die Bewahrung der Unverletzlichkeit des Gesetzes, die Bewahrung der Interessen des Volkes, die Bewahrung der Einigkeit der Nationalitäten und die Bewahrung der staatlichen Einheit.

Auf der Tagung waren folgende religiöse Organisationen vertreten: die Christliche Drei-Selbst-Bewegung, der Chinesische Christenrat (beide protestantisch), die Katholische patriotische Gesellschaft Chinas, das Katholische Bischofskollegium Chinas, die Chinesische buddhistische Vereinigung, die Chinesische daoistische Vereinigung und die Chinesische islamische Vereinigung. (RMRB, 12.8.96)

Die Drei-Selbst-Bewegung wurde 1951 gegründet, um die dreifache Selbständigkeit der Protestanten und ihre Unabhängigkeit vom Ausland zu bekunden: Selbstverwaltung, Selbsterhaltung und selbständige Verkündigung. Der Christenrat wurde 1980 gegründet. Beide Organe sind staatlich sanktioniert und für die Verwaltung und Kontrolle der protestantischen Kirchen in China verantwortlich. Eine entsprechende Rolle spielen die beiden katholischen Organe, die 1957 gegründete Katholische patriotische Gesellschaft und das Katholische Bischofskollegium. Gleiches gilt für die anderen drei Vereinigungen. Glaubens-

anhänger dürfen sich nicht außerhalb dieser offiziell anerkannten Organisationen betätigen. Von offizieller Seite werden insbesondere hinsichtlich des Christentums und des Islams Einflüsse aus dem Ausland befürchtet, beim Christentum wird die Gefahr einer Verwestlichung und beim Islam die Gefahr einer Förderung separatistischer Tendenzen gesehen. -st-

Außenwirtschaft

*(20)

US-Defizit im China-Handel größer als gegenüber Japan

Erstmals überstieg das Defizit der USA im Handel mit China dasjenige Defizit, das die USA gegenüber Japan aufweisen. Im Juni d.J. erreichte das Defizit eine Höhe von 3,3 Mrd.US\$ mit China und machte 40% des gesamten Defizits der USA aus. Im Handel mit Japan fiel dagegen das Defizit auf "nur" 3,2 Mrd.US\$.

Die Entwicklung des bilateralen Handels zeigt die folgende Tabelle. Von 1993 bis 1995 stieg das Defizit der USA von 22,8 auf 33,8 Mrd. US\$.

US-China-Handel (Mrd.US\$)

	1993	1994	1995
Einfuhren der USA	31,4	38,6	45,4
Ausfuhren der USA	8,6	9,2	11,6
Saldo	22,8	29,4	33,8

Quelle: NfA, 29.8.96

Im gesamten 1.Halbjahr 1996 machte das Defizit der USA im Handel mit China bereits 15,7 Mrd.US\$ aus. Bis Ende des Jahres könnte der negative Saldo bis über 34 Mrd.US\$ steigen, wird jedoch wohl bis Ende des Jahres noch nicht an das Defizit mit Japan in Höhe von 45 Mrd.US\$ heranreichen.

Zugpferde bei den Importen aus China waren 1995 Maschinen einschließlich Komponenten, mechanische Geräte und elektrotechnische Artikel, deren Wert von 8,7 Mrd.US\$ im Jahre 1994 auf 11,4 Mrd.US\$ anstieg. Die Importe

von Stoffen und Bekleidung gingen dagegen von 6,1 Mrd.US\$ auf 5,8 Mrd.US\$ zurück. Zu den wichtigsten Exporte der USA zählten 1995 Mineraldünger, große Verkehrsflugzeuge und Baumwolle.

Die chinesische Seite kritisiert die statistische Erfassung des bilateralen Handels mit der Begründung, daß der Wert der in China erzeugten Importe überschätzt würde, da ein hoher Teil der Wertschöpfung in Hongkong und anderen Drittländern verbleibe. Chinesischen Berechnungen nach beträgt der Handelsüberschuß mit den USA im 1.Halbjahr lediglich 3,456 Mrd.US\$.

Mit den neuen Bestimmungen zum Ursprungsland, die in den USA ab dem 1.7.96 gelten, kündigt sich ein zusätzlicher Konflikt an. So legen die neuen Bestimmungen den Produktionsursprung von Textil- und Bekleidungsimporten nach dem Land fest, in dem die Textilien gefertigt und nicht wie zuvor zugeschnitten werden. Damit wird die chinesische Exportquote stärker unter Druck geraten, da ein Export über Drittländer unter Nutzung ihrer Exportquote nicht mehr möglich sein wird. Das MOFTEC rechnet mit einem Rückgang der chinesischen Exporte von Textilien und Bekleidung, die mit importierten Materialien gefertigt werden.

Im letzten Jahre konnte China rd. 10,5% der gesamten Textil- und Bekleidungsimporte der USA auf sich vereinen. Da die USA jedoch die mittel- und südamerikanischen Nachbarstaaten durch Vorzugsquoten ermuntert, mehr zu exportieren, sieht sich China nunmehr einer wachsenden Konkurrenz gegenüber. (SCMP, 12. u. 22.8.96; NfA, 29.8.96) -schü-

*(21)

Marktdurchdringung ausländischer Produkte weckt protektionistische Forderungen

In einem Artikel in der *South China Morning Post*, *China Business Review* vom 8.8.96 wird das Dilemma aufgezeigt, in dem sich die chinesische Regierung hinsichtlich der Forderung nach stärkerem Schutz der inländischen Industrie vor ausländischen Produkten befindet. Der Ruf nach Protektionismus wurde mit zunehmendem Markterfolg der sino-ausländischen Unternehmen lauter. Eine mögliche Dominanz ausländischer Produkte auf dem Markt wird als ökonomische Invasion empfunden.